



SVP-Klartext

Die Zeitung der Schweizerischen Volkspartei

Ueli Maurer

3

VOLKSABSTIMMUNG VOM 9. FEBRUAR 2014

Als Bundespräsident hat Ueli Maurer starke Akzente gesetzt.



Nein zur FABI-Vorlage

6

Eine veritable Mogelpackung auf Kosten der Autofahrer!



Mindestlohn-Initiative

7

Der Mindestlohn führt zu mehr tiefqualifizierten Einwanderern.



MEHR ALS EINE DRUCKEREI

DIETSCHI PRINT&DESIGN AG
Ziegelfeldstrasse 60 4601 Olten

T 062 205 75 75 F 062 205 75 00 www.dietschi.ch



Masslosigkeit schadet!

Masseneinwanderung
stoppen

JA



PC 60-167674-9

«Mass halten» im Leben ist immer eine kluge Empfehlung. Denn Masslosigkeit führt früher oder später zu Schäden. Dies gilt auch für die Zuwanderungspolitik. Eine massvolle Zuwanderung ausländischer Arbeitnehmer hilft dem ganzen Land: Die Schweiz kann so Personallücken schliessen und

Fachleute gewinnen. Eine masslose, unkontrollierte Zuwanderung jedoch schadet allen. Sie entzieht uns die Grundlagen des Erfolges, der Lebensqualität und der Kultur.

Setzen Sie sich für ein JA zur Volksinitiative «Gegen Masseneinwanderung» am 9. Februar 2014 ein.

2 Editorial

Die SVP in den Schweizer Medien im Dezember 2013

Mehr Arbeitslose aus dem EU-Raum

Bundespolitiker fordern Massnahmen

Quelle: BaslerZeitung, 4. Dezember 2013

Toni Brunner im Interview

«Viele Firmen bedienen sich nur noch bei günstigen Arbeitskräften im Ausland»

NZZ am Sonntag Dossier Migration Gestern



SVP-Präsident Toni Brunner greift im Abstimmungskampf zur Initiative «gegen die Masseneinwanderung» die Wirtschaft an – diese sei masslos und verantwortungslos geworden, sagt er im Interview mit der NZZ am Sonntag.

Quelle: NZZ am Sonntag, 24. November 2013

«Alle verbünden sich gegen uns»

Aktualisiert am Sonntag, 24. November 2013, 7:29 Uhr

 7 | 3 | 1 | 4

138 Kommentar

SVP-Präsident Toni Brunner prophezeit den Delegierten einen harten Abstimmungskampf zur Volksinitiative «Gegen Masseneinwanderung». Die Gegner schlossen sich zusammen. Doch: «Wir haben einen Bundespräsidenten mit Rückgrat.»

Quelle: SRF, 24. November 2013

INLAND DE SÜDSCHWEIZ | MITTWOCH, 18. DEZEMBER 2013 | 14

«Am Ende landen sie in der Sozialhilfe»

SVT-Präsident Toni Brenner warnt, dass die Schweiz bald in den Verlusten gerät, sollte die Zuwanderung weiterhin so hoch bleiben. Deshalb forsche er die Massnahmen der Regierung auf.

Das Brautpaar ist eine tolle Gruppe. Diese Gruppe hat uns viele tolle Erfahrungen mitgebracht und wir sind sehr stolz auf sie. Wir sind sehr stolz auf sie. Wir sind sehr stolz auf sie.



Entwicklung und Veränderungen:
 Unser wesentlichster ist die Fort-
 schritt des Schmelzpunktes
 des Eisens. Der Schmelzpunkt ist wegen
 der Zersetzung von Oxid. Das
 Eisen ist Eisen und Eisen.

Die Arbeit zielt auf die Persönlichkeitsentwicklung und damit die individuelle Weiterentwicklung ab.

Die EU ist kein blankes Blatt.
Deshalb ist vor der Abstimmung, Man-
che in Brüssel Angst, dass das ver-
einigte von kleinen Ländern geprägte Eu-
ropaparlament für die Personalstrategie
nicht will. Es sollte gehören. Die
EU ist ein gemeinsames Instrument zur
Europäischen Beschäftigung und der
Europäischen Union gibt es auch einen
Teil der EU (Europäische Union), die
die Personalstrategie steuert.

Wenn der Bundesrat das Ministerium ablehnt, muss ein Eilrecht aufkommen!

Wenn die Bildung der Ministerien ist eine Befähigung der Länder, die Schweiz wird auch nicht handeln.

Das Wort des Parteipräsidenten

Es braucht die SVP im 2014!



Das Jahr 2014 wird politisch betrachtet ein entscheidendes Jahr. Um es mit voller Tatkraft und der nötigen Energie bestreiten zu können, wünsche ich Ihnen allen gute Gesundheit und viel Kraft im neuen Jahr. Zwei wichtige Abstimmungen folgen am 9. Februar.

Masseneinwanderungsinitiative: Die masslose Zuwanderung kann durch die Schweiz nicht mehr selber gesteuert und kontrolliert werden. Unterdessen erhalten bereits Arbeitssuchende Bewilligungen, um in unser Land zu reisen. Der Wohlstand der Schweiz steht auf dem Prüfstand. Nur mit einem Ja zur Masseneinwanderungsinitiative kann die Schweiz künftig wieder selbst festlegen, wer für wie lange in unser Land kommen darf.

FABI: Zur Finanzierung der Bahninfrastruktur will der Bund eine 6,4 Milliarden-Vorlage durchpauken. Dazu wird eine Mehrwertsteuererhöhung, eine Begrenzung der Pendlerabzüge und eine definitive Umverteilung von der Strasse auf die Schiene avisiert. Unsere klare Antwort am 9. Februar ist ein Nein zur FABI-Vorlage.

Weitere wichtige Abstimmungen werden uns in diesem Jahr beschäftigen.

Gripen: Als neutraler und unabhängiger Staat ist für die Schweiz eine bewaffnete Milizarmee ein unverzichtbares Instrument für die Verteidigung unserer Interessen. Die SVP steht zum Kauf neuer Kampfflugzeuge. Diese Investition in die Sicherheit der nächsten 30 Jahre kostet uns nicht einmal soviel, wie das Asylwesen in einem einzigen Jahr.

Mindestlohninitiative: Die Lohnpolitik privater Unternehmen ist nicht Sache des Staates. In Deutschland hat die schwarz/rote Regierung dennoch einen Mindestlohn von 8.50 Euro/h (umgerechnet 11 Fr.) festgelegt. In der Schweiz ist ein Mindestlohn von 4000 Franken vorgesehen, was einem Stundenlohn von 22 Franken entspricht. Wollen wir die Massenzuwanderung in die Schweiz noch mehr anheizen, so müsste die Schweiz der Mindestlohninitiative zustimmen. Sie ist eine verantwortungslose Einwanderungsinitiative.

Bauer

Nationalrat Toni Brunner, Präsident SVP Schweiz

«Respekt verdienen»

Als Bundespräsident hat Ueli Maurer immer wieder klare Aussagen gemacht und starke Akzente gesetzt. Insbesondere hat er wiederholt auch den Druck von grossen Staaten und internationalen Organisationen auf die Schweiz kritisiert – ein Rückblick auf das vergangene Präsidentialjahr anhand von Zitaten.

«Schweizer Medienlandschaft»

«Es gibt in der Schweizer Medienlandschaft so etwas wie eine selbstverfügte Gleichschaltung ... Es ist ja jeweils von Titelvielfalt die Rede. Diese sei wichtig und gefährdet. Darum brauche es Förderungsmassnahmen. Da widerspreche ich. Ideenvielfalt wäre wichtig, Meinungsvielfalt wäre wichtig. Titelvielfalt ist solange reine Maskerade, als wir unter verschiedenen Titeln das Gleiche zu lesen bekommen.»

Die Aufgaben der Medien in der liberalen Demokratie, Rede am Schweizer Medienkongress vom 13. September 2013 in Interlaken



«Sie akzeptieren die kleineren immer weniger»

Rede von Bundespräsident Ueli Maurer anlässlich der 68. Vollversammlung der Vereinten Nationen vom 24. September 2013 in New York

«Als Vertreter eines neutralen Staates mit langer humanitärer Tradition beobachte ich mit Sorge eine Rückkehr zur Machtpolitik. Mir fällt auf, dass grosse Staaten wieder mehr auf Macht und Stärke setzen. Sie akzeptieren die kleineren immer weniger als ebenbürtige Partner.»



«Von diesem Erfolg inspirieren lassen»

«Wenn die Schweiz heute wirtschaftlich im internationalen Vergleich gut da steht, haben wir das unserem freiheitlichen Staatssystem zu verdanken. Ich frage mich: Wäre es nicht besser, andere Staaten liessen sich von diesem Erfolg inspirieren, als dass sie unsere Ordnung verunglimpfen und bekämpfen?»

Vielfalt, Wettbewerb und „Resilient Dynamism“, Referat am World Economic Forum vom 23. Januar 2013 in Davos

«Werte und Wurzeln»

«Ein Land ohne Landwirtschaft, ein Land ohne Bauernstand verliert den Bezug zur Vergangenheit, zur Natur, zur Tradition, zum Brauchtum, zur Scholle – und damit verliert es seine Werte und Wurzeln.»

Gedanken zur Ernährungssicherheit, Rede zur Eröffnung der OLMA vom 10. Oktober 2013 in St. Gallen



4 Gegen Masseneinwanderung: JA

Das richtige Mass ist zentral

von Grossrat Manfred Bühler, Regierungsratskandidat, Fürsprecher, Cortébert (BE)

Seit 10 Jahren wächst die Schweizer Bevölkerung rasant. Wir haben die 8 Millionen Marke erreicht und es werden für 2035 um die 10 Millionen

prognostiziert. Wir müssen Jahr für Jahr eine Stadt Luzern mit ca. 80'000 Personen in der Schweiz aufnehmen. Dabei sind wir bekanntlich das am dichtesten besiedelte Land in ganz Europa. Können wir diese Entwicklung langfristig verkraften?

Das Bevölkerungswachstum bildet mit Sicherheit eine der grössten Herausforderung unserer Zukunft. Als Land mit einem hohen Wohlstand ist die Schweiz attraktiv. Die desolate wirtschaftliche Situation in ganz Europa macht unsere Heimat noch attraktiver.

Es ist unbestritten, dass unsere Wirtschaft gut qualifizierte Arbeitskräfte braucht. Einen Teil davon müssen wir auch im Ausland rekrutieren. Die Frage

lautet nun jedoch, ob wir das Mass des Guten nicht überschritten haben.

Werden wir in 20 Jahren besser leben, wenn unsere Dörfer 1000 statt 800 Einwohner zählen? Werden wir auf der Autobahn rund um Zürich besser vorwärts kommen, wenn die Agglomeration bald 1,5 Millionen statt 1,2 Millionen Einwohner zählt?

Beantwortet man diese Fragen mit nein, wie ich es tue, dann liegt auf der Hand, dass die Schweiz das Instrument der Einwanderungskontrolle wieder in die Hand nehmen muss. Ein massvolles Wachstum der Bevölkerung und der Wirtschaft ist das Ziel, zum Wohle unseres Landes. Darum Ja zur Masseneinwanderungsinitiative am 9. Februar 2014.

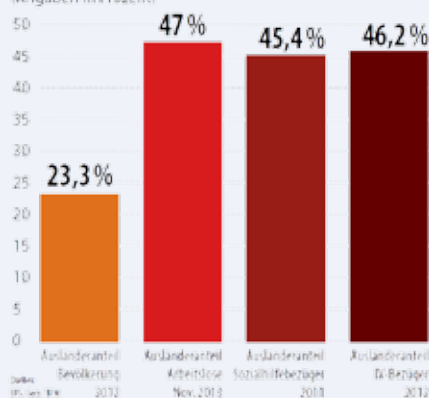


WUSSTEN SIE SCHON?

«Fast jeder zweite Sozialbezüger in der Schweiz ist ein Ausländer»

Ausländeranteil bei den Schweizer Sozialwerken

(Angaben in Prozent)



«Masslose Zuwanderung»



«Was wollen wir? Eine Politik zum Wohl der ganzen Schweiz oder eine masslose Zuwanderung, wie sie Manager und die Economiesuisse für ihre kurzfristigen Interessen wollen?»

Wer wieder eine kontrollierte Zuwanderung will, sagt Ja zu unserer Masseneinwanderungs-Initiative.»

Martin Zimmermann, Fraktionspräsident SVP Nidwalden, Ennetbürgen (NW)

«Wie soll das weiter gehen?»

«Unsere Strassen gehen heute schon im Stau unter und man findet keine bezahlbare Wohnung mehr – wie soll das weiter gehen? Darum Ja, am 9. Februar 2014 zur Volksinitiative gegen Masseneinwanderung!»

Susann Schmid, Geschäftsführerin, Alpnach (OW)



WUSSTEN SIE SCHON?

«Es wird eng in unserem Land. Pro Sekunde gehen 1,1 m² Kulturland verloren»



Im Sinne der Landwirtschaft

von Rudolf Anken, Meisterlandwirt,
Gemeindepräsident, Oberbalm (BE)



Unsere Grün – und Ackerflächen sind zusammen mit dem Wald die wichtigste Ressource unserer Volkswirtschaft. Es gilt, diesen Wert zu erkennen und ihn zu respektieren. Die Annahme der Masseneinwanderungsinitiative ist ein erster Schritt, um den Kulturlandverlust zu bremsen. Ängste, welche darauf abzielen, dass der Landwirtschaft wichtige Arbeitskräfte verlorengehen, sind völlig aus der Luft gegriffen.

Dies bedingt aber die Rückkehr zum Kurzaufenthalter – und Saisonnierstatus. Dieses System, welches sich in den Jahren 2001 – 2007 bewährt hat, müsste mit Anpassungen wieder eingeführt werden. So würde der Konsument weiterhin von ökologischen, hochwertigen Produkten aus einheimischer Produktion profitieren können.

In einem weiteren Schritt gilt es, die Kulturlächen genauer zu analysieren. Bereits erschlossene oder umgebaute Parzellen sind prioritär der offenen Landschaft vorzuziehen.

Wir müssen bestrebt sein, auch bei Gewerbe und Industriebauten, die Grundflächen zukünftig zu verkleinern. Nach heutigem Wissensstand lassen sich mehrstöckige Gebäude durchaus rationell bewirtschaften.

Nachfolgende Generationen sind uns dankbar, wenn sie eine lebenswerte Landschaft übernehmen können – eine touristisch attraktive Schweiz, welche von landwirtschaftlichen Familienbetrieben getragen wird.

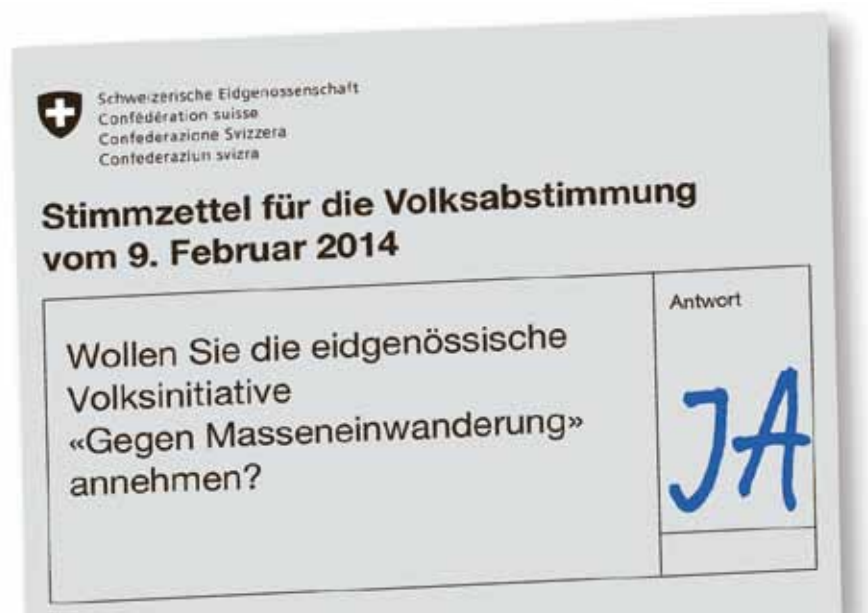


Masslosigkeit schadet!

Masseneinwanderung
stoppen **JA**



PC 60-167674-9



NEIN zur FABI-Mogelpackung!

Die Vorlage zu Finanzierung und Ausbau der Bahninfrastruktur (FABI) ist eine veritable Mogelpackung. Die befristete Subventionierung des Schienenverkehrs durch die Autofahrer wird neu auf ewig in der Verfassung verankert. Zusätzlich soll die Allgemeinheit mit Steuererhöhungen für den öV-Wahnsinn bluten.

Der Schienenverkehr ist ein finanzielles Sorgenkind. Trotz milliardenschweren Subventionen durch Autofahrer und Bundeskasse kommt er nicht vom Fleck. Zwar steigen die Passagierzahlen und die Anzahl Güter, der Grossteil des Verkehrs, nämlich über 75%, wird jedoch weiterhin auf der Strasse abgewickelt. Auch bei der Eigenwirtschaftlichkeit sieht es nicht besser aus. Während die Strasse sich selbst finanziert, kommt der öffentliche Verkehr nicht einmal auf die Hälfte. Der Rest wird durch Strassen- und Steuergelder der Allgemeinheit querfinanziert.

Quersubventionierung und öV-Wahnsinn gehen weiter

Mit der FABI-Vorlage soll diese stossende und seit Jahren kritisierte Quersubventionierung neu sogar in der Verfassung verankert werden. Seriöse Planung und Masshalten bei den Ausgaben des Schienenverkehrs wird damit obsolet – der Fehlbetrag wird ja von anderen ausgeglichen. So geht es nicht! Besonders stossend an der Vorlage ist zudem, dass der ursprünglich bereits hohe Investitionsbetrag für den Ausbau von 3,5 Milliarden Franken vom Parlament auf geradezu unglaubliche 6,4 Milliarden Franken erhöht wurde. Ein Ende dieser öV-Masslosigkeit ist zudem nicht in Sicht. Ist das Finanzierungsvehikel FABI erst einmal installiert, werden weitere Projekte für den Schienenverkehr im Akkord folgen. Denn neben einem ersten Ausbauschnitt sind bereits Projektvorgaben und Planungen für weitere Etappen in der Vorlage versteckt.



Der Bundesrat wollte das Schienennetz mit zusätzlichen 3,5 Milliarden Franken ausbauen. Das Parlament hat diesen Betrag auf 6,4 Milliarden Franken fast verdoppelt!

Die Folgen für alle Steuerzahler:

- 👉 6,4 Milliarden Franken mehr für einen masslosen und einseitigen Ausbau des Schienenverkehrs!
- 👉 Erhöhung der Mehrwertsteuer für alle!
- 👉 Abzockerei der Autofahrer durch eine Beschränkung des Pendlerabzugs auf maximal 3000 Franken!

Deshalb am 9. Februar

FABI NEIN

www.fabi-nein.ch

Faire Verkehrsfinanzierung? Blosser Wunschdenken!

Gemäss Befürwortern wird die FABI-Vorlage zu einer fairen Verkehrsfinanzierung führen. Fair für wen? Für die Millionen an Autofahrern, welche mit ihren Abgaben und Gebühren den öffentlichen Verkehr seit Jahrzehnten subventionieren? Für die Bevölkerung in den Rand- und Bergregionen, welche ohne Gegenleistung die öV-Projekte in den Städten und Agglomerationen mitfinanzieren müssen und nun noch mit einer Beschränkung des Pendlerabzugs bei den Steuern bestraft werden? Oder doch eher für die öV-Phantasten, welche seit Jahrzehnten am Tropf des Staates und des Strassenverkehrs hängen? Machen wir

uns nichts vor: Der Schienenverkehr wird nie selbsttragend sein und mit der FABI-Vorlage wird jeglicher Schritt in diese Richtung auf Ewigkeiten torpediert. Der stetige Raubzug gegen die Strassengelder hat dazu geführt, dass die Strasseninfrastruktur über Jahre sträflich vernachlässigt wurde. Dies hat zur Folge, dass wir jährlich 20'000 Stautunden haben, welche uns einen jährlichen volkswirtschaftlichen Schaden von knapp 2 Milliarden Franken verursachen. Wollen wir das wirklich? Die Antwort darauf ist klar NEIN!



von Nationalrat
Walter Wobmann,
Gretzenbach (SO)

Lieber Arbeit haben als einen Mindestlohn

Die Volksinitiative „für den Schutz fairer Löhne“, die sogenannte „Mindestlohn-Initiative“ verlangt, dass Bund und Kantone Massnahmen zum Schutz der Löhne auf dem Arbeitsmarkt treffen. Sie fordern erstens einen Mindestlohn in der Höhe von Fr. 22.- pro Stunde und zweitens die Förderung von Gesamtarbeitsverträgen (GAV) mit Mindestlöhnen.

Gegen die Zielsetzung der Initiative, die Armut zu verringern, Lohnunterbietung zu bekämpfen und zugleich den sozialen Frieden in der Schweiz zu wahren, ist kaum etwas einzuwenden. Doch was nützt ein Mindestlohn, wenn man keine Arbeit hat? Die vorgeschlagenen Massnahmen sind untauglich und schädlich für unsere Volkswirtschaft. Sie führen dazu, dass

- **niedrig qualifizierte Arbeitnehmende und Berufseinsteiger aus dem Arbeitsmarkt gedrängt werden**, weil ihre Stellen wegrationalisiert werden
- **das duale Bildungssystem gefährdet ist**, weil sich jeder Schulabgänger überlegen wird, ob er wirklich eine Lehre antreten will oder für ca. Fr. 4'000.-/Monat direkt ins Berufsleben einsteigen soll
- **die Attraktivität der Schweiz als Einwanderungsland für tief qualifizierte Leute erhöht wird**, da der Mindestlohn von Fr. 22.-/Stunde im internationalen Verhältnis unverhältnismässig hoch ist; gut doppelt so hoch, wie beispielsweise bei unseren deutschen Nachbarn (€ 8.50)
- die Unterschiede der Lebenshaltungskosten und damit auch der **Lohn- und Produktionskosten der Rand- und Bergregionen** oder auch beispielsweise des Kantons Tessins nicht berücksichtigt werden können



Der Mindestlohn führt zu noch mehr tiefqualifizierten Einwanderern in unser Land. Viele tiefqualifizierte in der Schweiz werden so aus ihren Jobs verdrängt. Die Arbeitslosigkeit wird steigen.

- **die Schwarzarbeit gefördert wird**, weil Jobs, welche die nötige Wertschöpfung nicht erbringen, in die Illegalität verlagert werden
- **die Konkurrenzfähigkeit unserer Wirtschaft leidet**, weil Löhne bezahlt werden müssen, die unter der erbrachten Wertschöpfung und deutlich über denjenigen unserer ausländischen Konkurrenz liegen
- **die Sozialpartnerschaft ausgebaut wird**, weil die Vertragsfreiheit eingeschränkt wird und weil nicht auf individuelle Bedürfnisse von Branchen oder Regionen eingegangen werden kann. Die deutschen Gewerkschaften haben sich in den Koalitionsverhandlungen gegen Mindestlöhne ausgesprochen,

weil sie den Verlust von Einfluss und Macht befürchteten. Ihre Schweizer Kollegen nehmen dies in Kauf, wenn dafür durch staatliche GAV-Förderung ihr Mitgliederschwund aufgehalten wird.

Der Bundesrat beantragt die Ablehnung der Volksinitiative ohne Gegenvorschlag. Der Ständerat folgte diesem Beschluss mit 29:12 Stimmen, der Nationalrat mit 137:56 Stimmen bei 2 Enthaltungen. Ich bitte Sie, im Interesse des Erfolgsmodells Schweiz ein deutliches „Nein“ in die Urne zu legen.



von Nationalrat Hansruedi Wandfluh, Unternehmer, Frutigen (BE)

8 Gegen Masseneinwanderung: JA

Anlässlich der Pressekonferenz vom 19. Dezember 2013 haben fünf Unternehmer für die Volksinitiative „Gegen Masseneinwanderung“ votiert. Klartext fasst zusammen.

«Gleiche Drohungen wie 1992»

von Nationalrat Christoph Blocher

Volkswohl statt Geldgier

Auszug aus Referat von Fraktionspräsident Adrian Amstutz:

Masslosigkeit hat noch immer grossen Schaden angerichtet. Sei es bei den Löhnen durch die masslose Abzockerei einzelner Manager, sei es in der Politik, oder sei es aktuell mit der masslosen Zuwanderung in die Schweiz mit all den täglich spürbaren Konsequenzen.

Jede Stimmbürgerin und jeder Stimmbürger muss sich deshalb die Frage stellen:

- + Was hat mir die masslose Zuwanderung seit 2007 persönlich gebracht?
- + Habe ich mehr im Portemonnaie?
- + Kann ich damit mehr kaufen?
- + Finde ich problemlos eine bezahlbare Mietwohnung?
- + Sind die Züge überfüllt und die Strassen verstopft?

+ Will ich, dass die Schweiz in diesem Tempo weiter überbaut wird?

+ Will ich, dass die Erwerbslosigkeit trotz guter Wirtschaftslage weiter steigt und der Lohndruck zunimmt?

+ Will ich die masslose Zuwanderung hin zu einer 10-Millionen-Schweiz unterstützen?

+ Und will ich, dass die Zuwanderung in unser Land proportional zur Bevölkerung ein Mehrfaches beträgt als in den EU-Zuwanderungsländern England und Deutschland?

Wer über diese masslose Entwicklung besorgt ist und damit den Bundesrat gemäss Initiativtext verpflichten will, mit der EU über die Steuerung der Zuwanderung zu verhandeln und eine für die Schweiz insgesamt verkraftbare Lösung zu finden, der stimmt klar JA zur Volksinitiative „gegen die Masseneinwanderung“.



Die Pressekonferenz «Unternehmer für d in Bern. Die heutige Masslosigkeit bei de unser Landschaftsbild und letztlich unse

Gleiche Drohungen wie 1992

Auszug aus Referat von Nationalrat Christoph Blocher

Die Personenfreizügigkeit ist für uns Unternehmer bequem, weil man unter 500 Mio. Europäer statt primär unter 8 Mio. Schweizer die Arbeitskräfte auslesen kann. Wegen des wesentlich höheren Lohnniveaus und der höheren Sozial- und Fürsorgeleistungen als in anderen europäischen Ländern ist die Bereitschaft, hier zu arbeiten, fast unbeschränkt.

Die fortdauernde Personenfreizügigkeit wird die Schweiz ruinieren. In wirtschaftlich schlechten Zeiten, die kommen werden, wird diese Personenfreizügigkeit zu schweren sozialen Spannungen führen, mit ungeahnten gefährlichen Folgen. Darum muss jetzt gehandelt werden.

Die Drohungen des Bundesrates und von Economiesuisse sind die gleichen, die sie 1992 bei einem Nein zum



Die Volksinitiative gegen Masseneinwanderung» am 19. Dezember 2013
Die Zuwanderung gefährdet unsere Freiheit, Sicherheit, Vollbeschäftigung,
unser Wohlstand in der Schweiz.

EWK/EU- Beitritt androhten und am Abstimmungstag mit „La Suisse est perdue“ quittierten.

Heute, 20 Jahre nach dem Nein zu EWK/EU geht es der Schweiz besser als den EU-Ländern.

Im Jahre 2000 sagten sie dem Schweizervolk voraus, es würden nur 8000 Personen mehr ein- als auswandern. Es kamen schlussendlich im Durchschnitt der letzten fünf Jahre fast 80'000 Personen pro Jahr! In Bezug auf Drohun-

«Auch die Auswirkungen auf die Löhne sind selbstverständlich. Wir alle wissen: Je mehr Kirschen es auf dem Markt gibt, desto billiger sind sie.»

von Ständerat This Jenny

gen und Voraussagen sind Bundesrat, Wirtschaftsverbände und Gewerkschaften unglaublich.

Kulturlandverlust stoppen

Auszug aus Referat von Nationalrat Guy Parmelin

Auch die Landwirtschaft darf sich den negativen Auswirkungen der aktuellen Masseneinwanderung nicht verschliessen. 80'000 Zuwanderer pro Jahr müssen untergebracht und damit neue Siedlungsflächen erschlossen werden. Dies geschieht hauptsächlich auf Kosten des Kulturlandes, welches dadurch definitiv verloren geht. Wenn diese für unser Land schwerwiegende Entwicklung unverändert weitergeht, steigt unsere Abhängigkeit vom Ausland, mit allen

damit verbunden Risiken, weiter an (die Schweiz ist bereits heute Weltmeister im Import von Nahrungsmitteln).

Zudem würde eine Rückkehr zu Kurzarbeitsbewilligungen (Saisonbewilligungen) mehrere Vorteile mit sich bringen: Da die Arbeiter nach ihrer Vertragszeit in ihr jeweiliges Heimatland zurückkehren, werden unsere Sozialwerke entlastet, weil arbeitslos gewordene Ausländer nicht in der Arbeitslosenversicherung oder Fürsorge landen. Zudem übernehmen die Kurzaufenthalter weiterhin die Verantwortung für das Geschehen in ihren Ländern. Das Geld, welches sie in der Schweiz erwirtschaften, kommt den dortigen Volkswirtschaften zu Gute.

Höchste Zeit, die Zuwanderung wieder selbst zu kontrollieren

Auszug aus Referat von Unternehmer Thomas Minder, parteiloser Ständerat Schaffhausen

Die unkontrollierte starke EU-Zuwanderung beschäftigt die Bürger seit vielen Jahren – zu Recht. In den letzten 50 Jahren hat sich die Bevölkerung in der Schweiz von 4 auf 8 Millionen verdoppelt und der Personenverkehr in derselben Zeit vervierfacht. Die Wohnbevölkerung hat letztes Jahr um über 84'000 Personen, davon 73'300 durch Zuwanderung, zugenommen. Nebst Australien, Kanada, Neuseeland sind wir eines der attraktivsten Einwanderungsländer der Welt. Die Bevölkerungsdichte ist mit 195 Einwohnern je km² extrem hoch. Dies sollte vor allem auch den ökologisch orientierten Parteien zu denken geben.

MEHR INFORMATIONEN

WWW.masseneinwanderung.ch

WELTPREMIERE: NEW SUZUKI SX4 S-CROSS

BEREITS FÜR **Fr. 19 990.-**

metzgerlehner



- › **Der kompakte Preisbrecher**
grosse Klasse, kleiner Preis
- › **Der beliebte Familienwagen**
bequem, geräumig und sparsam
- › **Der vielseitige Crossover**
Van, Kombi und SUV zugleich
- › **Der effiziente Sportler**
viel Leistung bei tiefem Verbrauch
- › **Der stilvolle Blickfang**
attraktives Crossover-Design
- › **Der intelligente Allradler**
4-Modus-4x4-Antriebssystem ALLGRIP
- › **Der reisefreudige Transporter**
bis zu 1269 Liter Kofferraumvolumen
- › **Der kompakteste Swiss-Cross**
ideal für die Schweiz
- › **Der grösste Weitblick**
einzigartiges Panorama-Glasschiebedach
- › **Der neue Massstab**
exklusive Ausstattung, einzigartige Innovationen



Der neue Suzuki SX4 S-CROSS ist mehr als nur eine Weltpremiere. Er vereint mehrere Weltpremieren und definiert die Crossover-Klasse neu. Zum Beispiel mit dem revolutionären 4-Modus-4x4-Antriebssystem ALLGRIP. Dieses überzeugt mit neuester Technologie und praktischen Funktionen. **Auto:** Sobald erforderlich, wird automatisch auf ALLGRIP umgeschaltet. **Sport:** Für kurvenreiche Strecken und sportlichen Charakter. **Snow:** Im Schnee und bei schwierigen Strassenverhältnissen. **Lock:** Für anspruchsvollste Situationen, das max. Drehmoment wird optimiert an alle 4 Räder weitergeleitet.

Exklusive Ausstattung am Beispiel des New SX4 S-CROSS GL TOP. Stopp-/Start-Automatik (nur manuelles Getriebe), automatische 2-Zonen-Klimaanlage, Navigations- & Multimediasystem inkl. Rückfahrkamera, Bluetooth inkl. Freisprechanlage, Lederlenkrad mit Tasten für Audio- und Tempomat-Steuerung, Keyless Entry & Start-Stopp-Knopf, Parksensoren vorne & hinten, Lederausstattung, Regensensor, Bi-Xenon-Scheinwerfer, Tagfahrlicht (LED), Panorama-Sonnendach, getönte Scheiben, Berganfahrhilfe, 17" Leichtmetallfelgen, Sitzheizung vorne.

Suzuki fahren, Treibstoff sparen: New Suzuki SX4 S-CROSS 1.6, Fr. 19 990.-, Treibstoff-Normverbrauch: 5.5l/100km, Energieeffizienz-Kategorie: C, CO₂-Emissionen: 127g/km; **Abbildung:** New Suzuki SX4 S-CROSS 1.6 GL Top 4x4, Fr. 31 990.-, Treibstoff-Normverbrauch: 5.7l/100km, Energieeffizienz-Kategorie: D, CO₂-Emissionen: 130g/km; Durchschnitt aller Neuwagenmarken und -modelle in der Schweiz: 153g/km.

SUZUKI NEW HIT-LEASING Ihr Suzuki Fachhändler unterbreitet Ihnen gerne ein auf Ihre Wünsche und Bedürfnisse abgestimmtes Suzuki Hit-Leasing-Angebot. **Sämtliche Preisangaben verstehen sich als unverbindliche Preisempfehlung, inkl. MwSt.**

Die kompakte Nr. 1



Way of Life!

www.suzuki.ch

Abtreibungsfinanzierung ist Privatsache

Ziel der Initiative ist es, den Leistungskatalog der obligatorischen Krankenversicherung zu entschlacken. Es ist unverständlich, dass trotz der stetig steigenden Prämien nicht längst alle unnötigen Leistungen abgebaut wurden. Abtreibung ist keine Krankheit und sollte daher auch nicht von der Allgemeinheit berappt werden.

Die SVP hat in der letzten Legislatur eine Reihe von parlamentarischen Vorstössen eingereicht, um unnötige Leistungen aus der Grundversicherung zu streichen. Die Initiative ist ein weiterer Schritt, um die lange Liste von unangebrachten Leistungen zu bereinigen; denn viele Familien können die Krankenkassenprämien kaum mehr bezahlen. Die Kosten der jährlich über 11'000 Abtreibungen belaufen sich gemäss Auskunft des Bundesrates auf schätzungsweise 15 bis 20 Millionen Franken pro Jahr. Wir müssen uns aber bewusst sein, dass die zum Teil sehr hohen Nachbehandlungskosten einer Abtreibung wegen psychischer und physischer Schwierigkeiten noch nicht einberechnet sind. Wenn man diese Zahlen betrachtet, müsste es vorrangiges Ziel der Gesundheitspolitik sein, ungewollte Schwangerschaften und Abtreibungen zu reduzieren.

Eigenverantwortung stärken

Es darf nicht sein, dass alle Personen verpflichtet werden, über ihre Prämien die Abtreibungen anderer Menschen mit zu finanzieren. Die Freiheit des Individuums, die Selbstbestimmung und die Achtung der ethischen Werte müssen in unserem Staat gewährleistet werden. Die Möglichkeit einer Abtreibung wird

«Selbstbestimmung fordert Eigenverantwortung. Wer selbst bestimmt, soll auch selber bezahlen.»



durch die Volksinitiative aber nicht infrage gestellt. Eine Zusatzversicherung kann dieses Risiko abdecken. Ausserdem wird nach wie vor bei einer Vergewaltigung oder bei einer Notlage der Frau eine Abtreibung von der Krankenkasse übernommen. Der kostenlose und einfache Zugang zum Schwangerschaftsabbruch in allen Fällen bagatellisiert jedoch die Schwere des Eingriffs in den Körper der Frau, und man erkennt damit die psychisch oft belastende Situation, welche ein Schwangerschaftsabbruch auslöst. Eine umfassende Beratung und Abklärung der Möglichkeiten mit Einbezug der Eltern, Ärzte und anderer Fachleute sowie des persönlichen Umfeldes wäre für die Betroffenen zur Problembewältigung von grosser Wichtigkeit.

Vergleich mit dem Ausland

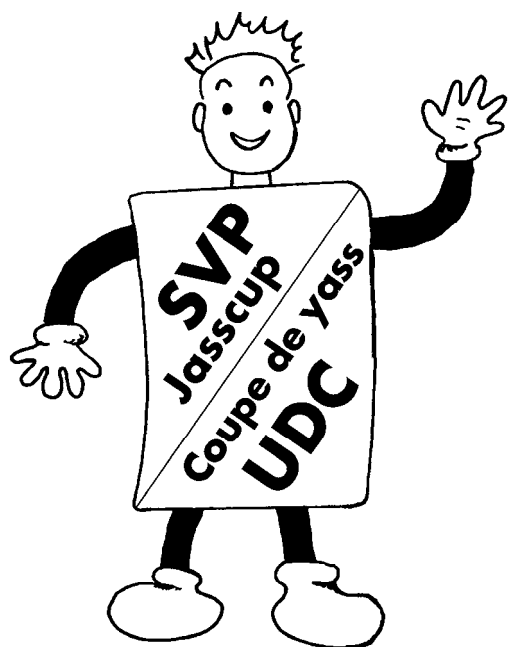
Eine umfangreiche Studie in den USA zeigt: Fällt die öffentliche Abtreibungsfinanzierung weg, führt dies dazu, dass die Zahl ungewollter Schwangerschaften und in der Folge auch der Abtreibungen abnehmen. Die Stärkung der Eigenverantwortung zeigt Wirkung. Übrigens, auch in Österreich werden Abtreibungen nicht von der Allgemeinheit bezahlt. Gerade das Beispiel Österreich zeigt, dass auch ohne obligatorische Abtreibungsfinanzierung keine Frau in Not gerät. Selbstbestimmung fordert Eigenverantwortung. Wer selbst bestimmt, soll auch selber bezahlen.



von Nationalrätin
Andrea Geissbühler,
Bäriswil (BE)

MEHR INFORMATIONEN

WWW.privatsache.ch



14. Nationaler SVP-Jasscup

mit Bundesrat Ueli Maurer
und SVP National- und Ständeräten

Samstag, 22. Februar 2014

10.15 – 16.00 Uhr, Türöffnung um 9 Uhr

**in der Kaserne Reppischtal,
Birmensdorf ZH**

Modus

Schieber mit zugelostem Partner.
4 Passen à 12 Spiele, gewertet 48 Spiele.

Kartenart

Französische und Deutschschweizer Karten.

Preise

Es gibt viele attraktive Preise. Jeder Teilnehmer erhält ein kleines Präsent. Wanderpreis für die Siegerin oder den Sieger.

Schätzwettbewerb:

1. Preis Fr. 300.-; 2. Preis Fr. 200.-; 3. Preis Fr. 100.-

Teilnahmegebühr

- Jassgebühr: Fr. 30.-
ist an der Eingangskasse zu bezahlen
- Mittagessen: Fr. 25.-
Essensbons sind an der Eingangskasse erhältlich

Teilnehmer

Zu diesem gemütlichen Anlass sind alle SVP-Politiker, SVP-Mitglieder, SVP-Sympathisanten sowie alle Jassfreunde herzlich eingeladen.

Anmeldung

Aus organisatorischen Gründen bitten wir Sie, Sich mit dem untenstehenden Talon per Email, Post oder Fax baldmöglichst anzumelden (Platzbeschränkung).

Anmeldeschluss ist der 14. Februar 2014

Organisation

SVP Dietikon ZH unter der Leitung von OK-Präsident Nationalrat Hans Egloff und Nationalrat Felix Müri.



Anmeldetalon

Ich melde mich für den 14. Nationalen SVP-Jasscup vom Samstag, 22. Februar 2014 an:

☐ Französische Karten ☐ Deutschschweizer Karten ☐ Egal

Name: _____ Vorname: _____

Adresse: _____ PLZ Ort: _____

Tel.: _____ E-Mail: _____

**Anmeldung bis spätestens 14. Februar 2014 an:
SVP Generalsekretariat, Postfach 8252, 3001 Bern
Tel. 031 300 58 58 - Fax 031 300 58 59 - Mail: betschart@svp.ch**

Einig in den Kampf

Am 23. November 2013 sind über 500 Personen an die Delegiertenversammlung in Reiden (LU) gekommen. Im Zentrum stand die Parolenfassung zur Volksinitiative „Gegen Masseneinwanderung“. Nach den interessanten Referaten von Bundespräsident Ueli Maurer, SVP-Vizepräsident Luzi Stamm und Fraktionspräsident Adrian Amstutz, haben die Delegierten einer Podiumsdiskussion zwischen Befürwortern und Gegnern der Initiative achtsam zugehört. Zum Schluss fassten die Delegierten einstimmig die Ja-Parole zur Volksinitiative „Gegen Masseneinwanderung“.



Parteipräsident Toni Brunner (ganz links) eröffnet die Podiumsdiskussion unter der Leitung von Patrik Müller, Chefredaktor der Schweiz am Sonntag (mitte), mit Valentin Vogt, Präsident Arbeitgeberverband, Ruth Humbel, Nationalrätin CVP, Eric Nussbaumer, Nationalrat SP, Verena Herzog, Nationalrätin SVP, Adrian Amstutz, Fraktionspräsident SVP (von links nach rechts).



Hannes Germann ist Ständeratspräsident

Seit elf Jahren vertritt Hannes Germann den Kanton Schaffhausen im Ständerat. Am 25. November 2013 wurde er für das Jahr 2014 zum Präsidenten des Ständerates gewählt. Wir gratulieren.

Zur Person

- Opfertshofen (SH)
- Verheiratet, 2 Kinder
- Hobbies: Lesen, Skifahren, Jogging, Fussball sowie Musik und Kultur
- Ausbildung: Wirtschaftsredaktor, Betriebsökonom, Erstberuf: Lehrer

GOAL GLOSSAR

Wiederholung

Wiederholung

<lat.> repetitio (Wiederholung);

abgel. v. <lat.> repetere (fordern, erneut vornehmen)

Erfolgreiche Kampagnen fordern die Aufmerksamkeit der Zielgruppe. Damit diese geweckt wird, braucht es den Mut, sich auf eine zentrale Botschaft zu konzentrieren und diese immer und immer wieder zu wiederholen. Denn Wiederholung ist die Mutter des Erfolgs.

Wir freuen uns auf Sie!
Alexander Segert, Geschäftsführer
8600 Dübendorf / ZH, Tel. 043 499 24 00
info@goal.ch, www.goal.ch

GOAL

AG für Werbung und Public Relations
Wir wollen Ihren Erfolg

SVP-Hit
ab Fr. 60.- pro Pers.

Wintersaison 2013/14
Wellness + Skiferien

Übernachtungen / Frühstück im DZ, inkl. Benützung Wellnesscenter
Gültig vom 13. Dezember 2013 bis 24. April 2014 (Weihnacht- und Silvesterwoche ausgenommen)
Spezialpreis nur gültig mit diesem Talaon / egal wieviele Nächte

ausschneiden - buchen - anreisen - genießen

ALPENBLICK

Fam. Holzer, 3984 Fieschertal
Tel. 027 970 16 60
info@hotelalpenblick.ch
www.hotelalpenblick.ch

INSERIEREN SIE IM SVP-KLARTEXT

Dieser Platz für Fr. 1'000 Franken

Bis 15% Rabatt möglich. Mehr als 70'000 Leser in der Deutschschweiz und in der Romandie. Informationen erhalten Sie unter der Telefonnummer 031 300 58 58 oder per E-Mail an klartext@svp.ch. Unsere Zeitung gibt es auch online auf www.svp.ch

Jetzt Fr.1950.00 investieren*
Dafür bis Fr. 5'000.00 sparen

bei 200 Farb- und 1000 s/w-Kopien im Monat
berechnet auf die Onsite-Garantiezeit von 5 Jahren.

OKI MC760dn

Farbig drucken, kopieren,
scannen + automat. Heften
alles auch doppelseitig
500-Blatt-Kassette (+ 2 opt.)
100 Blatt-Original-Einzug
Zugriffskontr., Secure Print
Touchscreen-Display 23 cm
28 S./min. farbig und s/w
160 GB Festplatte
scannt bis 40 S./min.
3 - 5 Jahre Onsite-Garantie
opt. Wireless, Fax, Finisher

Die Sensation



*abzüglich Spezial-Rabatt für SVP-Mitglieder
OCOTEX AG, 041 799 50 00, info@ocotex.ch

IMPRESSUM

SVP-KLARTEXT | SVP-KLARTEXT ist eine Publikation der Schweizerischen Volkspartei SVP | Auflage: 60'000 | Herausgeber und Redaktion: Stiftung SVP-Parteizeitung, Generalsekretariat | Postfach 8252 | 3001 Bern | Tel.: 031 300 58 58 | Fax: 031 300 58 59 | klartext@svp.ch | www.svp.ch | Redaktion: Kevin Grangier | Bildquellen: SVP Schweiz, Parlamentsdienste 3003 Bern, VBS 3003 Bern, Peter Schaub, iStock, Manfred Bühler, Susann Schmid, Martin Zimmermann, Rudolf Anken, Anita Borer.

Auszüge aus der **Session**

Die Wintersession 2013 fand vom 25. November bis zum 13. Dezember 2013 statt. Trotz einigen Niederlagen konnte sich die SVP-Fraktion in wichtigen Fragen auch erfolgreich durchsetzen. Hier eine Auswahl der in der Session behandelten Geschäfte:

Das hat die SVP erreicht:

Nein zur gefährlichen Mindestlohninitiative

Der Nationalrat hat sich nach einer achtstündigen Debatte mit über 70 Rednern als Zweitrat mit 137 zu 56 (2 Enthaltungen) Stimmen gegen die Volksinitiative der Gewerkschaft zur Einführung eines Mindestlohnes von 22 CHF pro Stunde ausgesprochen. Damit empfehlen Parlament und Bundesrat die arbeitsplatzvernichtende Initiative dem Volk klar zur Ablehnung.



Keine Chance für Steuerabkommen mit Frankreich

Dank der SVP und den anderen bürgerlichen Parteien ist das schlecht ausgehandelte und einseitige Erbschaftssteuerabkommen mit Frankreich im Nationalrat klar durchgefallen. Mit dem Abkommen würde die Schweiz faktisch französisches Recht übernehmen und dem französischen Fiskus erlauben, auf Vermögenswerte in der Schweiz Rückgriff zu nehmen. Internationale Gepflogenheiten wie das Prinzip der Besteuerung am Wohnsitz des Erblassers werden damit missachtet. Auf diese Weise würde auch ein gefährlicher Präzedenzfall geschaffen.

Das haben wir den Mitte-Parteien zu verdanken:

Ständerat macht Integration zur Staatsaufgabe

Obwohl sich das Schweizer Stimmvolk mit der Ablehnung des direkten Gegenvorschlages der Ausschaffungsinitiative klar gegen den Ausbau von staatlicher Integrationsförderung ausgesprochen hatte, hat der Ständerat eine entsprechende Integrationsvorlage des Bundesrates angenommen. Mit dem Gesetz werden teure Integrationsmassnahmen zementiert, die dann in den Kantonen ausgelöffelt werden müssen. Das Gesetz geht nun an den Nationalrat

Nationalrat lehnt berechnete Gastro-Initiative ab

Entgegen dem Willen der SVP hat der Nationalrat die Volksinitiative „Schluss mit der MWST-Diskriminierung des Gastgewerbes!“ mit 78 zu 94 Stimmen bei 16 Enthaltungen zur Ablehnung empfohlen. Die SVP hatte sich als einzige Fraktion einstimmig für die Beseitigung der Diskriminierung bei der Besteuerung des Gastgewerbes ausgesprochen.

4-Meter-Korridor: 280 Millionen Franken als Weihnachtsgeschenk an Italien

Da werden sich die Italiener aber freuen! Das Parlament hat gegen den Widerstand der SVP 280 Millionen Franken für Zulaufstrecken im Schienenverkehr in unserem südlichen Nachbarland gesprochen. Dass Italien diesbezüglich gar keine Projekte vorzuweisen hat und auch nicht willens ist, bisherige Verträge einzuhalten, interessiert unser spendables Parlament scheinbar nicht.



MITMACHEN

Gehen Sie auf www.masseneinwanderung.ch

Wie Anita Borer
Schreiben Sie online Ihr
Testimonial-Inserat!

«Die Schweiz soll auch für nächste Generationen lebenswert sein. Bezahlbarer Lebensunterhalt, gesicherte Arbeitsplätze und Sozialwerke, solide Schulbildung – all das ist nur mit einer massvollen Zuwanderung und somit einem JA zur Initiative möglich.»

Anita Borer,
Kantonsrätin,
Gemeinderätin,
Uster (ZH)



Neu!

Bestellen Sie in wenigen Klicks die Verteilung der Flyer in Ihrer Gemeinde. Bezahlen Sie online und die Flyers werden ein paar Tage später in alle Haushalte Ihrer Gemeinde verteilt!



Suche nach PLZ oder Ortschaft:
6532

TREFFER 1. Ort eingeben

1 Treffer gefunden.

6532 Castione	CHF 96.45
687 Briefkästen	

6532 Castione wurde Ihrem Warenkorb hinzugefügt

WARENKORB

6532 Castione	CHF 96.45
687 Briefkästen	

2. Ort und Preis bestätigen TOTAL: CHF 96.45

Adressangaben

Ihre persönlichen Daten werden weder verkauft, noch Dritten weitergegeben.

Anrede* Herr
Titel
Vorname* Muster
Nachname* Hans
Adresse* Via Sempione 3
PLZ* 6532
Ort* Castione
Telefon* 079 000 00 00

3. Verteilung bestellen und bezahlen. Fertig.



BESTELLEN SIE
das Abstimmungs-
material jetzt!

- Flyer direkt über das **Versandtool** verteilen
- Flyer bestellen
- F4-Papier-Plakate (Weltformat = 89,5 cm x 128 cm)
- A0-Allwetter-Plakate (A0 = 84,1 cm x 118,9 cm)
- A3-Papier-Plakate (A3 = 29,7 cm x 42 cm)
- Ich bin bereit eine Standaktion zu organisieren
- Ich unterstütze den Abstimmungskampf finanziell (PC: 60-167674-9)
(Spenden können im begrenzten Umfang von den Kantons- und Bundessteuern abgezogen werden)



Bitte einsenden an:

Generalsekretariat SVP
Postfach 8252
3001 Bern
Telefon-Nr. 031 300 58 58
Telefax-Nr. 031 300 58 59
Mail: info@svp.ch

Name/Vorname:
Adresse:
E-mail:
Tel./Natel: